

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelaboratorien, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Verlagsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post  
5 Mk., hinter Streifenband 6,50 Mk.

Schriftleitung und Versand:  
Berlin S 42, Luisenpark 1 :: Fernruf: Moritzplatz 2725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Kollegen, werbt neue Leser für unser „Gärtner-Fachblatt“!**

In der Zeit vom 4. bis 10. Dezember ist der Beitrag für die 50. Woche fällig.

## Einrichtung von Posttagen in der Hauptverwaltung.

Um eine möglichst große Ersparnis der Portoausgaben zu erzielen, richtet die Hauptverwaltung bestimmte Posttage ein, d. h. alle Postsachen gehen nur an den dafür bestimmten Tagen hinaus. Was zwischen diesen Tagen einläuft, wird nicht sofort versandt, sondern bleibt bis zum Posttage liegen, mit Ausnahme der als sehr eilig bezeichneten Angelegenheiten.

Für die Ortsverwaltungen, Zahlstellen und Einzelmitglieder ist der Donnerstag jeder Woche Posttag. Alle Bestellungen müssen also bis spätestens Donnerstag früh in der Hauptverwaltung eingelaufen sein, andernfalls sie erst am Donnerstag der nächsten Woche hinausgehen. Für die Gauverwaltungen sind Montag und Donnerstag Posttage.

In diesem Jahre ist für die Woche vom 25.—31. Dezember ein 53. Wochenbeitrag

zu leisten. Jedes Mitglied muß also im Mitgliedsbuch für dieses Jahr 53 Beitragsmarken haben. Die 53. Marke ist hinter dem Markenfeld November zu kleben.

## Unsere Unternehmerorganisation im Spiegel ihrer Mitglieder.

Zu den wenig dankbaren Aufgaben unserer Zeitung gehört es, fortwährend gezwungen zu sein, die Rückständigkeit unseres Berufes, vor allem aber die der Unternehmer zu beleuchten. Erstens geht uns dadurch viel Platz verloren, den wir besser zur gewerkschaftlichen Schulung unserer Mitglieder verwenden könnten, zweitens macht man uns zum Vorwurf, wir wählten gern im Schmutz, obgleich wir das gar nicht könnten, wenn eben keiner da wäre, oder man bezichtigt uns der Übertreibung von Einzelfällen.

Glücklicherweise gibt es aber auch noch Unternehmer mit etwas weiterem Blick, die nicht nur im tiefsten Herzen das leider nur Allzuberechtigte unserer Kritiken einsehen, sondern anlässlich der Schwerfälligkeit bei der Genossenschaftsfrage ihrem Herzen auch nach außen hin — wenn auch in etwas abgeschwächter Form — Luft machen.

Was aber anlässlich der nicht verhinderten Blumeneinfuhr aus Italien für schwere Minen im deutschen Fachblätterwald einschlagen, widerspricht so der bisher gepflogenen Gewohnheit, alles mit vornehmer Eleganz totzuschweigen oder durch Beleidigungsklagen en gros rücksichtslos niederzuknüppeln, daß es schon lohnt, einige Proben dieser Selbstbespiegelung als Beweis für die schweren Kämpfe hinter den Kulissen auch unseren Mitgliedern vorzusetzen.

Zur Erläuterung sei ganz kurz bemerkt, daß die Reichsregierung bei einem Abkommen mit Italien diesem Lande die Einfuhr von Schnittblumen nach Deutschland in beschränktem Quantum zugestanden hat — weil angeblich die höhere Politik dies erforderte. Alle Gegenmaßnahmen — auch unsererseits — scheiterten an diesem Argument, und nun macht man vor allem dem Vorstand des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe in Neukölln den Vorwurf, daß er dies hätte verhindern können, wenn er nur gewollt hätte, obgleich z. B. auch die Einfuhr von Hüten in noch viel größeren Mengen erlaubt worden ist, so daß sich auch diese Industrie, trotz aller Proteste, bedroht sieht.

Nach einem kleinen Vorspiel in der „Schlesischen Gärtnerbörse“ und auch anderen Orts, woraus man erkennt, daß die Beteiligten sich bei der Verteilung der Beute in die Haare geraten sind, hat man sich entschlossen, die Öffentlichkeit in aller Form zu einem Boykott „feindländischer“ Blumen aufzufordern. Über die Nützlichkeit dieser Maßnahme scheinen aber verschiedene Meinungen zu bestehen, weil ja gerade die sogenannten besseren „Lebenskultur“ treibenden Kreise unseres Volkes schon immer Pariser Toiletten, englische Hosenstoffe u. dgl. bevorzugt haben.

Deshalb geht man zur Offensive gegen die „Schuldigen“ über, denn die „Gartenwelt“ (Nr. 44) ruft in einem „Kampf oder Unterwerfung“ betitelten Leitartikel des Redakteurs die Gärtnerelaboratorien gegen ihre Organisation wie folgt auf den Plan:

„Man muß staunen darüber, mit welcher Gelassenheit diese Nachricht von den deutschen Gärtnern aufgenommen worden ist. Es hätte erwartet werden müssen, daß in demselben Augenblicke, wo in den Zeitschriften des Blumenhandels die ersten italienischen Blumenanzeigen auftauchten, die erzeugenden Gärtner wie vom Furore teutonicus gepackt worden wären. Aber selbst die Erinnerung an die furchtbaren Nöte (?) der Vorkriegszeit scheint keine Wirkung auszuüben.“

Man gewinnt aber von den Gründen zu dieser Teilnahmslosigkeit ein völlig neues Bild, wenn man die Veröffentlichung des Vorstandes des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe im letzten Heft des „Handelsblattes“ liest. Es wird dort im Anschlusse an einen von Paul Hammittsch, Bismarckhütte (O.-Schl.), veröffentlichten Aufruf zur Abwehr davon abgeraten, nach den politischen Gründen zu forschen, die das Auswärtige Amt zur Freigabe der Blumeneinfuhr veranlaßt haben könnten. Nach diesen Gründen zu forschen, braucht und sollte wirklich nicht unsere Aufgabe sein. Wenn aber weiter in Verfolg dieser Ausführungen von der Stelle aus, die in erster Linie dazu berufen ist, sich mit aller Kraft gegen jede dem erzeugenden Gärtner drohende Gefahr einzusetzen, zu stiller Ergebung in das über uns hereingebrochene Schicksal ermahnt wird mit der Begründung, daß es immer Augenblicke im Leben eines Volkes gibt, in denen Lebensfragen eines ganzen Standes dem Gesamtwohl des Volkes untergeordnet werden müssen, so muß dagegen scharfer Einspruch erhoben werden. Wir Gärtner sind lange genug das Opfer politischer Machenschaften gewesen... Wenn ausgerechnet die Stelle, auf deren Schultern das höchste Maß von Verantwortung gegenüber dem Wohl und Wehe unseres Berufes ruht, in der Stunde größter Gefahr zur Unterwürfigkeit neigen sollte, so wäre dies überaus schmerzlich.

Zu den Erwägungen, die den V. D. G. zur Unterwürfigkeit veranlaßt haben können, scheint auch die ungewöhnliche Tatsache zu gehören, daß es selbst im V. D. G. gewisse Mitglieder geben soll, die sich für eine Blumeneinfuhr ausgesprochen haben. Ganz abgesehen davon, daß auf die Richtung einer Organisation die abwegigen Bestrebungen einer kleinen Gruppe von Mitgliedern nicht von Einfluß sein können und dürfen, muß man sich doch unwillkürlich fragen, wie eine solche Stimmung überhaupt möglich ist, und da wird man sich dann des Eindruckes nicht erwehren können, daß verkannt worden ist, den Mitgliedern rechtzeitig die Wege zu weisen, auf denen sie sich durch eigene Erzeugung auch während der bisher blumenarmen Wintermonate den erforderlichen Blumenbedarf sichern können. Wo ist überhaupt die straffe Wirtschaftsorganisation, die den Mitgliedern, den erzeugenden Gärtnern, mit Ratschlägen für ihre Erwerbstätigkeit, für die notwendige Umstellung ihrer Betriebe an die Hand geht und die in Zeiten so gewaltiger wirtschaftlicher Umwälzungen allein imstande ist, die gedeihliche Entwicklung eines bisher unterdrückten Berufsstandes zu gewährleisten? Wären rechtzeitig Schritte nach dieser Richtung hin unternommen worden, so wäre dem deutschen Gärtnerstande

sicherlich die beschämende Tatsache erspart geblieben, daß sich im eigenen Lager Stimmen erheben nach dem Stricke, mit dem man uns erwürgen will. (Sehr richtig! Red. d. „A. D. G.-Ztg.“)

Zu verhindern ist die Blumeneinfuhr heute nicht mehr. Das darf aber kein Grund sein, den Kampf gegen jede Einfuhr nun einzustellen.

Man mag über die Mittel, mit denen die Einfuhr zu bekämpfen ist, verschiedener Meinung sein, der Wille, diesen Kampf gegen neues Sklavendasein aufzunehmen, muß jedenfalls viel einmütiger und kraftvoller zum Ausdruck kommen, als dies bisher geschehen ist. Sonst werden spätere Generationen mit Recht den Vorwurf eines unwürdigen Geschlechtes gegen uns erheben.“

Nach diesem Artikel, in dem es u. a. auch zum erstenmale in einer gärtnerischen Fachzeitung heißt, daß eine Regierung von der Mehrheit des Volkes getragen werden müsse, tritt in einer weiteren Abhandlung ein neuer Stern am journalistischen Gärtnerhimmel, Herr Bloßfeld, herfür.

„Durch Kampf zum Sieg.“ so hebt er an, spricht dann vom kalten Wasserstrahl der Einfuhr, der Gartenbau würde erwürgt, meuchlings erdolcht, verraten und verkauft. Gewiß eine sehr blumenreiche Sprache. Man denkt sofort an die „Hundert-schaft z. b. V.“ und wünscht sich im Geist ein leichtes M.-G. Doch es geht weiter:

„Nicht die an sich unbedeutende Menge der zunächst zur Einfuhr freigegebenen italienischen Blumen muß uns erschrecken, sondern die Tatsache, daß es überhaupt möglich war, eine solche Einfuhr zu gestatten.“

Erschrecken muß man weiter über die Tatsache, daß trotz dieser Gefahren, welche jeden Berufszweig direkt oder indirekt treffen, die Morgendämmerung nicht kommen will. Die Mehrzahl der Gärtner kann die Gefahren noch nicht sehen, weil die Gedanken in alter Gewohnheit nur auf das Nächstliegende, das tägliche Brot, gerichtet sind. Weitblickende Führer im Gartenbau haben genügend auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Sie haben unsere Berufsvertretung, den Verband deutscher Gartenbaubetriebe, beschworen, den Kampf gegen die Gefahr zu organisieren, vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um das Verhängnis vom deutschen Gartenbau abzuwenden. Sie haben in Reden, in Versammlungen und im täglichen Berufsleben die Gärtnerschaft aufzurütteln versucht, sie sind scharf und milde gewesen, ruhig und feurig, ohne einen Erfolg zu erreichen.“

Das hätten wir übrigens diesen Herren schon vorher schriftlich geben können und wundern uns, daß Herr Bloßfeld etwas anderes erwartet hatte.

Nach einer Überleitung, in der Herr B. von „blutigem Schweiß“, Kampf bis aufs Messer spricht und den Gärtnern rät, die Schlafmütze mit dem Stahlhelm zu vertauschen, also wahrscheinlich ihre Betriebe zu verkaufen und in die Reichswehr als pensionsberechtigte Beamte einzutreten, schließt er folgendermaßen:

„Wenn bei den offiziellen Führern im Gartenbau kein volles Verständnis für die Größe der Gefahr gefunden wurde, so kann das Kurzsichtigkeit oder Angst vor der eigenen Courage sein. Auch kann es daran liegen, daß diese Führer Inhaber gut fundierter Betriebe sind, die wenig oder gar nicht von der Einfuhr berührt werden und die jederzeit wohlgesättigt von der Tafel aufstehen können, sobald ihnen das Essen keinen Spaß mehr macht. (1) Wenn die Forderung der Gruppe Breslau des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe auf Einberufung des Ausschusses als undurchführbar abgelehnt wurde, wenn meine dem Vorstände des V. D. G. unterbreitete Forderung auf Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung jetzt, wie in der Gruppenversammlung der Gruppe Berlin bekannt wurde, in eine große Protestversammlung umgemodelt werden soll, so muß ich an dieser Stelle gegen diese Vergewaltigung Protest erheben. Nicht eine Protestversammlung ohne rechtliche Verbindlichkeit, sondern lediglich eine außerordentliche Hauptversammlung mit voller Machtbefugnis und voller rechtlicher Wirksamkeit der Beschlüsse muß endlich einberufen werden mit der einzigen Tagesordnung: Beschlußfassung über die vom V. D. G. einzuschlagenden Wege und Mittel, um die Blumeneinfuhr für alle Zeiten zu bekämpfen. Da ich vom V. D. G. als nicht genügend legitimiert angesehen wurde, solche und noch weitergehende Forderungen zu erheben, rufe ich angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Gärtner droht, um Hilfe.“

Direkt darunter werden in einem „Aufruf an alle deutschen Gärtner“ die versteckten Drohungen zur Tat. Eine Nebenregierung, eine Verschwörerclique (hu, hu!) taucht auf, um alle Feinheiten der bisherigen Diplomatie durch eine brutale Aktion zu ersetzen. Damit niemand auf den Gedanken komme, es sei etwa gar die Gründung einer neuen Organisation beabsichtigt, wird dies gleich vorher demontiert

Man höre:

„Es kann und darf so nicht weitergehen, es muß endlich einmal die Tat geschehen, auf die wir lange, viel zu lange schon gewartet haben. Deutsche Gärtner, seid auf der Hut! Um die oben erörterte Angelegenheit in Fluß zu bringen, haben die Unterzeichneten beschlossen, mit oder ohne die Berufsvertretung den Kampf zu organisieren und eine Versammlung der deutschen Gärtner einzuberufen, welche aus ihrer Mitte heraus diejenigen bestimmen soll, die den Kampf leiten und durchführen sollen, welche weiter die Richtlinien festlegen sollen, nach denen gehandelt werden muß. Es wird nicht daran gedacht, einen Verein oder einen Verband zu gründen, der Zusammenschluß soll nur so lange währen, bis der Sieg errungen, bis das Ziel erreicht ist. Anmeldungen zu dieser Versammlung werden umgehend an einen der Unterzeichneten erbeten, damit die Einladungen baldigst erfolgen können.“

Robert Bloßfeld, Potsdam, Neue Königstr. 94. Albert Dorner Sohn, Deutsche Nelkenkulturen, Weimar. Karl Grimm, Gartenbaubetrieb, Roda S.-A. Robert Heidenreich, Gartenbaubetrieb, Wörlitz (Saalkreis). Max Tillack, Leiter der Gärtnerei-Zentrale, Breslau 5, Gartenstr. 27/29.“

Der Mitunterzeichner Heidenreich ist jener Herr, der seinerzeit den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des Tarifes für den mittleren Saalkreis mit unterzeichnete, um kurze Zeit darauf diesen Antrag beim Reichsarbeitsministerium selbst zu widerrufen. Nichts geht doch über Grundsätze!

Das schwerste Geschütz aber wird in anonymen Abhandlungen in „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“ aufgeföhren, die ja bekanntlich schon zu Lebzeiten des seligen Ludwig und dann unter Herrn Dänhardts Leitung immer etwas in Opposition gegen den V. D. G., vor allem gegen dessen Schutzzollpolitik, machte.

In konsequenter Fortführung ihres Freihändlerstandpunktes veröffentlicht sie in Nr. 31 folgendes:

„Die Regierung ist deswegen auch garnicht Prügel wert, denn ihre Dummen muß sie nehmen, wo sie sie findet. Und daß für diese Sorte von Auserwählten die deutsche Gärtnerei seit altersher berufen ist, herzuhalten, das ist auch alltäglich — dank der machtvollen Ständesvertretungen des deutschen Gartenbaues. Selbst eine Ständesvertretung ist nicht zu tadeln, wenn sie, den Schein der Selbstzufriedenheit im Angesicht, es unentwegt und unverdrossen weiter fertig bringt, sich mit ihrem Dasein so abzufinden, daß man sich im Notfalle der Genugtuung des allseitigen Miteinanderzufriedenseins erfreuen kann. Jeder Stand hat die Ständesvertretung, die er verdient.“

Und etwas tiefer:

„Da gehören Männer hin, zielbewußte und klarblickende Leute, nicht Nickemännerchen oder Schlafmützen. Bremsklotz ist anscheinend eine Person, deren Einfluß dominiert. Ein Verbrechen ist es jedenfalls in meinen Augen am Berufe, wenn man im Reichswirtschaftsrat schon vor Monaten vertraulich erfahren hat, daß die Einfuhr von Blumen nicht aufzuhalten ist und, wie geschehen, keine Gegenmaßnahmen eingeleitet und ergriffen hat. Soweit kann eine vertrauliche Mitteilung nicht gehen, daß deswegen alle Gegenmaßnahmen unterbleiben müssen. Es hätten längst in den Gruppen Abwehrmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Auch hätten Mittel beschafft werden können, um den Kampf durchzuführen.“

Der Vorstand hält solche Anregungen für sehr interessant, aber undurchführbar! Ich möchte nicht Mißtrauen gegen den Verband säen, aber eine Umwälzung tut wahrlich not. Die Mehrzahl der Mitglieder müssen geführt werden, und wir haben in Wirklichkeit keinen Führer, und die es sein könnten, bringen nicht die Energie auf, um ihre Meinung durchzusetzen. Erst durch eine weit- und klarblickende Führung werden die gleichgültigen Mitglieder erzogen zur Arbeit für das Gesamtinteresse; erst dann wird die Beteiligung an den wichtigen Lebensfragen reger. Eine Umwälzung innerhalb des Verbandes würde allerdings Staub aufwirbeln.

Das ohnmächtige, schwächliche Verlassen auf Regierungseinsichten, das tat- und ratlose Protestieren gegen Regierungsverständnis und vor allem das rückwärtliche, hoffnungslose, jammernde Kleinbegeben, sich in alles zu schicken, was von „oben“ kommt, von den grünen Tischen der Regierungsvorsehung dem dummguten, willig alles auf sich nehmenden Packesel von Gartenbau aufgeladen wird, diese und andere Überbescheidenheits- und Ohnmachtsbezeugungen sind es in Wahrheit, die den deutschen Gartenbau in seiner Gesamtheit am Mitschreiten mit der Zeit, am zeitnotwendigen Vorwärtkommen hemmen.

Neuer Wind muß durch die Reihen des Verbandes wehen. Schlafendes muß im Verbandskörper aufgerüttelt, Kräfte müssen aus ihrer Gebundenheit befreit werden. Eine solche Aufrüttelung muß fördern zu helfen, ist der Zweck dieser Veröffentlichung. Mag man nun dagegen zu Felde ziehen; ich hoffe mit geeignete Abwehr dienen zu können.

Der Verband deutscher Gartenbaubetriebe will die Grenzzollämter überwachen lassen, die Regierung hat noch keine Erlaubnis hierzu erteilt. Der Verband deutscher Gartenbaubetriebe will ferner die Öffentlichkeit aufklären. Er will auch versuchen, die Groß-Importeure zu boykottieren. Letztere Maßnahme erscheint praktisch, die andern sind sekundäre Hilfsmittel des Kampfes, denn erfahrungsgemäß stehen die Kosten der Überwachungsstellen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen.

Man könnte die Hoffnung aufgeben, denn gegen soviel Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens. Leider sind wir so arm an wirklich befähigten und uneigennützligen Führern. So große Hochachtung auch jedes einzelne Mitglied des Vorstandes persönlich verdient und beanspruchen darf, in ihrer Gesamtheit, als Vorstand des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe bilden sie das Verhängnis des deutschen Gartenbaues in dieser Stunde der Gefahr. —

Wir fügen denn als Schlußbemerkung nur hinzu:

Sic transit gloria mundi! (So vergeht der Ruhm der Welt.)

## Glossen zu Inseraten.

In „Möllers deutsche Gärtner-Zeitung“ Nr. 33 sucht die berühmte Firma Peter Lambert-Trier für dauernd tüchtige, arbeitsgewandte, erfahrene, treue und unabhängige Baumschulgehilfen. Um dem Inserat zu der nötigen Wirkung zu verhelfen, wollen wir nachstehend einen Brief veröffentlichen, welcher uns von den bei der Weltfirma beschäftigten Gärtnern und Arbeitern vor einiger Zeit zuingt:

„Trier, den 23. Oktober 1921.

Die unterzeichneten Angestellten der Firma Peter Lambert, Rosen- und Baumschulen, Trier, wünschen hierdurch, sich in dem Verband organisieren zu lassen. Gleichzeitig bitten wir um Anhören unserer durchaus traurigen Lage und um Schutz und Rat in dieser Angelegenheit.

Die Weltfirma Lambert bezahlt an uns einen Stundenlohn von 2,40 bis 3,40 M., das macht bei achtstündiger Arbeitszeit 19,20 bzw. 27,20 M.

Durch diese durchaus schlechte Bezahlung sind wir gezwungen, 10 Stunden täglich zu arbeiten. Für diese zwei Stunden Mehrarbeit bekommen wir denselben Stundenlohn.

Die Teuerungsverhältnisse sind in dem besetzten Gebiete, besonders hier in Trier, hart an der Luxemburger- und Saargebietsgrenze, geradezu unerträglich geworden. Mit der jetzigen Bezahlung können wir nur unsere Kost und Wohnung bestreiten. Für Beschaffung von sonstigen Lebensmitteln, Kleidern, Schuhwerk usw. bleibt uns nicht ein Pfennig, so daß wir im wahrsten Sinne des Wortes Hunger und Not leiden müssen.

Wenn man bedenkt, welche Stundenlöhne ungelernete Arbeiter hier im besetzten Gebiet beziehen (6—9 M.), so ist die Bezahlung der Firma Peter Lambert eine geradezu himmelschreiende. Dazu kommt noch, daß fast sämtliche Gehilfen Gartenbauschulen mit Erfolg besucht und absolviert haben.

Trotz mehrmaliger Vorstellungen bei unserem Chef ist es uns nicht gelungen, auch nur einen Pfennig mehr Lohn zu bekommen.

In Anbetracht vorstehender Zeilen bitten wir nochmals inständig, uns aus dieser durchaus menschenunwürdigen Lage zu befreien.

Wir hoffen gerne, daß Sie umgehend uns Aufnahmescheine zusenden, evtl. einen Vertreter einer Zweigstelle des Verbandes im Rheinlande nach hier entsenden zu wollen.

Beiliegend übersenden wir 5 M. für Porto, um uns sofort Nachricht zu geben.

In der Hoffnung, keine Fehlbitte getan zu haben, zeichnen mit Hochachtung!!“ (Unterschriften.)

Auf unser Eingreifen hin haben die bei der Firma beschäftigten Gehilfen gemeinsam die Arbeit eingestellt und sind anderweitig zu bedeutend besseren Löhnen untergebracht worden. Herr Lambert glaubt jedenfalls, auf sein Inserat im „Möller“ wieder einige Dumme zu finden, welche es sich zur Ehre anrechnen, bei der Weltfirma für ein Butterbrot zu arbeiten, um dann nach einiger Zeit ebenfalls zu der Erkenntnis zu gelangen, welche aus vorstehendem Brief spricht. Darum sucht Herr Lambert unabhängige, soll heißen unorganisierte Gehilfen, welche er anscheinend unter den Lesern des „Möller“ in größerer Anzahl vermutet. Wir wünschen ihm guten Erfolg seines Inserates, denn dadurch werden die unabhängigen Kollegen am schnellsten den Wert der Organisation erkennen lernen.

In einem zweiten Inserat in derselben Nummer wird ein Privatgärtner gesucht. „In Frage kommt nur charaktervoller, verträglicher, anständig gesinnter Bewerber, welcher vollkommen selbständig die Bewirtschaftung führen kann und sich weniger als Lohnarbeiter, sondern zum Hause gehörend, betrachtet. Stellung bei Zufriedenheit dauernd. Ledige bevorzugt. da Wohnung vorhanden. Bezahlung gut!“

In derselben Nummer wird dann noch für einen Privatbesitzer eine gebildete, selbständige und erfahrene, gesunde und kräftige Gärtnerin für ein Anwesen von etwa 4½ Morgen gesucht, welche die Besorgung von Bienenhaus, Geflügel und einer Kuh mit übernehmen kann. Besitzer hilft bei der Gartenarbeit. Familienanschluß.“

Es ist ja schon oft über derartige Inserate, hauptsächlich in Privatgärtnerkreisen, geschrieben und gesprochen worden, ohne damit etwas Positives zu erreichen. Daß aber derartige Inserate auch im „Möller“ Aufnahme finden, wundert uns, da diese Zeitung sonst doch immer das Fach- und Standesbewußtsein vertritt. Aber: non olet — (Geld) riecht nicht!

Obleich es schwer ist, keine Satyre dazu zu schreiben, möchten wir uns zunächst nicht weiter äußern, sondern überlassen es den Gärtnerinnen bzw. ihrer Vereinigung, welche ja z. Zt. noch ihre Hauptaufgabe in der Hebung des Standesbewußtseins erblicken, ihre Meinung dazu zu sagen.

J. Löcher, Berlin.

## Arbeitskämpfe und Tarife

Aachen. Ab 18. November gelten für die Handelsgärtnerei folgende Stundenlöhne: 1. Gehilfenjahr 4,80 M., 2. Jahr 5,50 M., 3. und 4. Jahr 6 M., über vier Jahre 7 M., verheiratete Gehilfen 8 M., Arbeiter 5,50—6,00 M. Für Landschaftsgärtnerei wird die Stunde 0,20 M. mehr gezahlt. Für die Woche vom 11.—18. November erhalten Ledige 30,00 M., Verheiratete 40,00 M. Nachzahlung.

Güstrow. Die Lohnsätze für männliche Arbeitnehmer werden ab 11. November um 1 M., die der weiblichen um 0,40 M. die Stunde erhöht.

Lauchhammer, Bezirk Dresden. Für die in der Werksgärtnerei der Aktiengesellschaft Lauchhammer Beschäftigten werden die Lohnsätze des am 1. September 1921 abgeschlossenen Tarifes ab 1. Dezember um 1,50 M. für Gärtner und Arbeiter, für Arbeiterinnen um 1 M. pro Stunde erhöht. Gärtner über 21 Jahre erhalten dann 8,20 M., unter 21 Jahren 8 M., Arbeiter 7,80—8,00 M., Arbeiterinnen 4,30—4,50 M. Außerdem bekommen alle in dieser Abteilung Beschäftigten rückwirkend ab 1. November folgende Nachzahlung: Verheiratete 0,80 M., Ledige 0,50 M., Arbeiterinnen 0,30 M. die Stunde.

Leverkusen (Bezirk Köln). Ab 1. November 1921 gelten folgende Löhne: Gehilfen 6,50—8,50 M., Obergehilfen bis 9 M., Arbeiter Maximaldurchschnittslohn 7,50 M., Arbeiterinnen 4,50 M. die Stunde. Verheiratete und Alleinernährer von Familienangehörigen erhalten einschließlich des Ernährers mit Wirkung ab 1. September eine Kopfzulage von 16 M. pro Woche. Diese Zulage erhöht sich ab 1. Dezember auf 20 M. pro Woche und Kopf.

Teterow. Die Löhne sind für sämtliche Gruppen um 1 M. die Stunde mit Wirkung vom 28. Oktober ab erhöht worden.

## Privatgärtnerei

Achtung! Gutsgärtner der Provinz Brandenburg.

Zu den bis zum 31. März 1922 gültigen Kreisstarifen ist in der Sitzung der Provinzial-Arbeitsgemeinschaft am 14. November d. J. folgende Teuerungszulage beschlossen worden: Volldeputanten, also diejenigen, welche mindestens 12 Zentner Getreide im Jahre erhalten, bekommen 20 %, alle übrigen, verheirateten männlichen Arbeiter erhalten 40 %, ledige Arbeiter und Arbeiterinnen vom vollendeten 16. Jahre und Frauen 30 %, Arbeiter und Arbeiterinnen vom 14. bis zum vollendeten 16. Jahre 40 %, für sämtliche in Kost und Logis befindlichen 25 %. Die minderleistungsfähigen sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die oben beschlossenen Zulagen erhalten alle Arbeiterkategorien, soweit sie im Tarif enthalten sind. Sämtliche Zulagen werden auf den in den Kreisstarifen festgelegte Barlohn gezahlt; d. h. der nach Abzug erhaltener Deputate verbleibende Restlohn gilt als Barlohn. Die Vereinbarung tritt mit dem 14. November in Kraft. Diejenigen Arbeitgeber, die die am 15. September 1921 beschlossene Zulage an Freiarbeiter noch nicht gezahlt haben, müssen dieselbe sofort nachzahlen, da diese Vereinbarung nach der Neuregelung von Teuerungszulage mit dem 13. November außer Kraft tritt. Die Tarifträger sollen die Rechtsverbindlichkeit der oben bestehenden Beschlüsse sofort beantragen.

## Staats- und Gemeindegärtnerei

Gartenverwaltung Breslau. Der Betriebsrat sah sich veranlaßt, an den Magistrat den Antrag um Zulassung des Betriebsratsvorsitzenden oder dessen Stellvertreters mit beratender Stimme zu den Sitzungen und Führungen der Deputation zu richten. Der Magistrat stellte der Deputation abheim, entsprechend zu beschließen und diese setzte es daraufhin in einer Sitzung durch, das

betreffende Betriebsratmitglied zu allen Deputationsverhandlungen zuzulassen. Der Vorsitzende der Deputation glaubte, diesen Beschluß, da er sich leicht auf alle städtischen Betriebe Breslaus übertragen könnte, nicht verantworten zu können und bemühte sich, in einer darauffolgenden Sitzung ihn wieder hinfällig zu machen. Demzufolge hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Angelegenheit zu befassen und empfahl dem Magistrat, dem Sinne des gefaßten Beschlusses nachkommen zu wollen, da es immerhin auch für die Stadtverwaltung von Wert sein kann, wenn bei den Deputationsverhandlungen der Betriebsrat zugegen ist. Obwohl sich der Magistrat noch nicht endgültig in der Angelegenheit entschieden hat, ist man dennoch dazu übergegangen, den Betriebsrat schon hinzuzuziehen. Nebenbei sei bemerkt, daß schon seit Monaten ein Kollege der städtischen Gartenverwaltung als Bürgerdeputierter der S. P. D. in der Gartendeputation Sitz und Stimme hat. Franz, Breslau.

## Ausland

### Bericht aus Chicago.

In Morton Grove brach am 12. Juli in der Gärtnerei Geb r, P o e h l m a n n ein Streik aus. Pünktlich um 10 Uhr bliesen die Feuerleute die Dampfpeife und der ganze Betrieb ruhte. Nach zwei Tagen war der Kampf zu unsern Gunsten entschieden. Ursache des Streiks: Die Firma verlangte Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Lohnabzug von 15%. An dem Streik beteiligten sich sämtliche 200 Angestellte.

Die Löhne in Chicago sind bei neunstündiger Arbeitszeit folgende: Handlungsgärtnerei, Topfkultur: 28—35 Dollar, Rosen- und Nelkenkulturen 25—28 Dollar, Kirchhofsgärtner bis 40 Dollar, Parkgärtner 60 Cent die Stunde bei achtstündiger Arbeitszeit, Sonntags-, Feiertags- und Überzeitarbeit 1 Dollar 20 Cent. Die Privatgärtner schämen sich, mit der Wahrheit herauszukommen, jeder gibt mehr an, als er in Wirklichkeit bekommt. (Ganz wie bei uns! Die Red.)

Kollegen, die nach Chicago kommen sollten, werden vor den Firmen Frank Oechslein und Ernest Oechslein, beides Schweizer, gewarnt. Sie sind die größten Hassler der Gewerkschaft. Frank erinnert jeden, der bei ihm arbeitet, an die Zeit, wo im Lande noch die Sklavenzeit herrschte.

## Berichte

### Aus dem Gartenbauausschuß für Lübeck.

Am 9. Oktober fand eine Sitzung statt, an der seitens unseres Verbandes der Kollege Schmidt teilnahm, wogegen Herr Schetelig Widerspruch erhoben hatte. Auf die Einrichtung des gärtnerischen Unterrichts soll ein größerer Druck ausgeübt werden. Gegen die Anerkennung der Gärtnerei Rud. Vollert als Lehrwirtschaft legte Schmidt Protest ein.

Bemerkenswert ist folgender Beschluß: Volontär ist derjenige junge Mann, der seine Lehrzeit beendet hat und sich zur Vervollkommnung in anderen Gärtnereien befindet.

Die Lehrlingsprüfungen sollen in der zweiten Hälfte des Februar stattfinden. Anmeldungen werden nur bis 15. Januar 1922 angenommen. Zum Prüfungsausschuß soll unser Verband ein Mitglied ernennen.

### Die württembergischen Unternehmer in der Klemme.

Wiederholt haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die guten Schwaben das Stündle verpaßt zu haben scheinen. Sie hatten bekanntlich in die Welt posaunen lassen, daß die gesamte Gärtnerei einfacher Gartenbau, d. h. Erzeugung roher Naturprodukte, wäre und deshalb ungeteilt, also mit allen botanischen Gärten und der Gartenkunst zur Landwirtschaft gehöre.

Jubelnd verkündeten sie ein entsprechendes Urteil des Landesgerichts Stuttgart und Herr Dänhardt verleibte diese Entscheidung, obgleich sie infolge eingeleiteter Berufung des Staatsanwaltes noch nicht rechtskräftig war, fernerlich seinem tendenzlosen Hof 3 als unwiderstehliches Beschwichtigungsmittel ein. — Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flochteal

Am 21. November hat nämlich das Oberlandesgericht Stuttgart nach einem sehr geschickten Plaidoyer des Oberstaatsanwalts die Streitsache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da es neben feldmäßigen Gartenbaubetrieben auch gewerbsmäßige Gärtnereien gäbe!

Herr Ernst-Möhringen, der Vorsitzende der dortigen Unternehmerorganisation, soll ein sehr geistreiches Gesicht gemacht haben. Die Zwickmühle: Landarbeitertarif — gewerbliche Arbeitszeit mag's ihm angetan haben.

## Rundschau

### Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Verschiedene Anfragen der letzten Zeit bewiesen, daß viele Arbeitgeber unklare Vorstellungen über den Steuerabzug haben. Wir verweisen deshalb nochmals auf unsern Artikel in Nr. 32 der A. D. G.-Z. und bemerken, daß seit 1. November für Werbungskosten nicht mehr der doppelte, sondern nur der einfache Betrag abgezogen werden darf.

Danach gestalten sich die Abzüge vom Arbeitslohn (einschl. der Beträge für Überstunden) wie folgt:

	täglich	wöchentlich	monatlich
für den Steuerpflichtigen selbst	4	24	100
für dessen Ehefrau	4	24	100
für jedes minderjährige Kind	6	36	150
zur Abgeltung der Werbungskosten usw.	6	36	150

### Zur Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes.

Der Zentralverband der Angestellten hat an das Reichsfinanzministerium, an den Steuerausschuß des Reichstages sowie an verschiedene in Betracht kommende Minister eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Erhöhung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn und mit der Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes befaßt.

Die fortschreitende Entwertung des Geldes macht eine sofortige Änderung des jetzt gültigen Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. März 1921 erforderlich. Der Zentralverband der Angestellten machte in seiner Eingabe einige bemerkenswerte diesbezügliche Vorschläge.

### 13. Syndikalistenkongreß.

Der Syndikalismus in Deutschland ist auf und daran, völlig abzuwirtschaften. Das ist die wichtigste Feststellung, die man auf dem 13. Syndikalistenkongreß, der unlängst in Düsseldorf stattfand, machen konnte. Sieben Tage dauerte er. Das Ergebnis ist trotzdem geradezu kläglich. Alle wichtigen Fragen wurden auf später vertagt. Dafür wurde fast die volle, für den Kongreß vorgesehene Zeit zur Aussprache über den Geschäftsbericht aufgebraucht, die zeitweise in einen wilden Zank persönlich gehässiger Art ausartete. Kennzeichnend für den Tiefstand der Bewegung ist es, daß einzelne Ortsgruppen der Syndikalisten in ihrer Feindschaft gegen die „zentralistische Bürokratie“ der Geschäftsleitung nicht nur die Mitgliedsbücher, sondern auch das Beitragswesen abgeschafft haben. Als Führer der Opposition trat besonders der Herausgeber der ersten syndikalistischen Tageszeitung in Düsseldorf, Köster, hervor. Die Frage, wer in Zukunft Redakteur des obligatorischen Organs der Vereinigung „Der Syndikalist“ werden sollte, wurde durch das Los entschieden. (!) Es fiel auf den vorgenannten Herrn, der mit dem bisherigen Redakteur die gleiche Stimmenzahl erhalten hatte. Dies war der einzige Erfolg der Opposition. Dagegen wurde eine Entschließung angenommen, die eine Absage an die Moskauer Internationale bedeutet, weil eine von Moskau unabhängige syndikalistische Internationale geschaffen werden soll. Zu erwähnen ist noch ein einstimmig gefaßter Beschluß, wonach in Zukunft kein Mitglied der Organisation einer politischen Partei angehören darf. Ein Antrag, auch die Zugehörigkeit zu einer Staatskirche als unvereinbar mit der Mitgliedschaft zu erklären, wurde abgelehnt. Gegen die geplante Schlichtungsordnung soll der schärfste Kampf eingeleitet werden, wie noch in einer anderen Entschließung zum Ausdruck kam.

### Die deutschen Kriegergräber in Frankreich

befinden sich nach einem Bericht der „Täglichen Rundschau“ in einem sehr verwahrlosten Zustande, so daß sie unangenehm von den reichlich geschmückten alliierten Grabstätten abstechen. Dazu macht die „Freie wissenschaftliche sozialistische Agrar-Korrespondenz“ in Nr. 45 den Vorschlag, im ganzen Reich eine Sammlung zu veranstalten und deren Ergebnis den Verbänden der deutschen Gärtner und Gartenarbeiter zur fortlaufenden Pflege der Kriegergräber zu überweisen.

### Die Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer)

sind soeben in zweiter, erweiterter Auflage erschienen. (Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelauer 24. 64 Seiten. Preis im Buchhandel 4,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder durch die Organisation bezogen 2,25 M.) Diese Schrift, die jeder Gewerkschaftler eigentlich stets zur Hand haben muß, enthält als neues den Organisationsvertrag zwischen dem ADGB und dem Afa-Bund, ferner die Richtlinien der beiden großen genannten Spitzenverbände für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte und Erläuterungen zu deren Gruppenstellung. Ein ausführliches Sachregister erhöht die Übersichtlichkeit.